

PARTEIEN

SPD

Früher verbrannt

Sie schimpften die Parteiführung „autoritär“ und „antidemokratisch“, bezichtigten die Mehrheit der „Minoritätenhetze“, wetteten gegen „obrigkeitsstaatliche Maßnahmen“, und schließlich zogen die Genossen vor den Kadi — gegen Genossen.

Denn zum ersten Male in der Geschichte der Berliner SPD trugen So-



Berliner Sozialdemokrat Schmidt
„Das ist blanker Stalinismus“

zialdemokraten parteiinternen Zwist vor Gericht aus. Wilmersdorfer SPD-Männer fochten die Wahl zur Kreisdelegiertenversammlung in der 3. Wilmersdorfer SPD-Abteilung an und erwirkten eine einstweilige Verfügung des West-Berliner Landgerichts. Seither ist der zum 30. Mai einberufene SPD-Landesparteitag in Gefahr.

Streitgrund war der 1958 vom Stuttgarter SPD-Bundesparteitag beschlossene und seit dieser Zeit unter Sozialdemokraten übliche Wahlmodus: das „Blockwahl-System“. Es schreibt vor, daß die Genossen, wann immer sie Delegierte für Kreis-, Landes- oder Bundesparteitage küren, jeweils mehrere Mandatsträger zu benennen haben, die komplett zu wählen sind. Die Anzahl der Kandidaten wird vom Mitgliederstand bestimmt; die Wahllisten werden von Mitgliederversammlungen zusammengestellt. Werden dann auf diesen Listen mehr oder weniger Namen angekreuzt, so ist der Stimmzettel ungültig.

So mußten denn auch bei der Delegiertenwahl in der 3. Wilmersdorfer Partei-Abteilung die Mitglieder, ob sie wollten oder nicht, von 40 aufgestellten — zumeist vorstandsloyalen — Kandidaten 24 Bewerber wählen.

Den Vorstandsgegnern blieb bei dieser Wahlordnung kaum eine Chance. Um ihre eigenen Kandidaten durchzu-

bringen, blieb ihnen nichts weiter übrig, als auch den Parteifreunden ihre Stimme zu geben, mit denen sie seit langem in Hader liegen. Rudi Schmidt, 30, Doktorand der Freien Universität und Wilmersdorfer SPD-Genosse: „Ich war gezwungen, auch Leute zu wählen, die überhaupt nicht mein Vertrauen hatten.“

Ihm erging es wie dem FU-Doktoranden und Genossen Jürgen Vietig aus der Wilmersdorfer Nachbarabteilung Nummer 2, dem gleichfalls mißfiel, daß nach dem sozialdemokratischen Delegationsritual Rechte Linke und Linke Rechte wählen müssen, wenn die Parteiflügel zu schwach sind, ausnahmslos ihre Parteigänger auf die Liste zu bringen.

Damit, so argumentieren die Kritiker, fördere die einheitsfromme Traditionspartei, was ihr seit je ein Grauel ist: die Spaltung in straff organisierte Fraktionen. Schmidt: „Das hat mit innerparteilicher Demokratie nichts zu tun, das ist blanker Stalinismus.“

Auf der Suche nach juristischen Handhaben gegen vermeintliche Wahl-Manipulateure prüften Schmidt und Genossen zunächst das Organisationsstatut ihrer Partei und das Bonner Parteiengesetz von 1967 — vergebens. In beiden Papieren fehlen klare Definitionen des Grundgesetzartikels 21, der fordert: Die „innere Ordnung“ der Parteien „muß demokratischen Grundsätzen entsprechen“.

Deshalb begründeten die Wilmersdorfer Rebellen ihren Antrag auf einstweilige Verfügung gegen den SPD-Landesvorstand mit einem Hinweis auf das Grundgesetz: Der Wahlmodus sei „mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar, weil er bisher noch stets die Minderheiten diskriminiert hat“.

Die Attacke brachte das Kurt-Schumacher-Haus — das Parteihauptquartier in der Weddingener Müllerstraße — aus dem Häuschen. SPD-Pressesprecher Horst Vollrath: „Jetzt sind der Dummheit Tür und Tor geöffnet.“

Vorstands-Funktionäre fürchten Konsequenzen — nicht nur für die ohnehin mühsam bewahrte Berliner Parteidisziplin. Sie bangen überdies um ihren Landesparteitag: Denn wenn Berlins Landrichter auch in der Verhandlung zur Hauptsache den Argumenten der Opponenten folgen, wären die Wahlen der Parteitagsdelegierten wie die Parteitagsbeschlüsse hinfällig.

Zwar verlautbarte der Landesvorstand unverdrossen: „Die Partei hält an dem Termin des Landesparteitages fest.“ Die Frondeure von Wilmersdorf aber, über die ihr Genosse Wilhelm Werner sagt: „So was hat man früher verbrannt“, erzielten unterdessen einen weiteren Zwischenerfolg.

Die 14. Zivilkammer des West-Berliner Landgerichts bestätigte am Montag letzter Woche in der mündlichen Verhandlung die Bedenken der Kläger und verwarf damit einen Widerspruch des SPD-Vorstands.

Gerichtsvorsitzender Christoph Kruschwitz: „Wir müssen sozusagen hilfsweise tätig werden, weil die Parteisatzung in der Tat ein Loch hat.“

ren Plätzen starten, dann kommt sie an den Aktionsradius des Starfighters heran, kann 430 nautische Meilen (806 Kilometer) entfernte Ziele ansteuern und zur Basis zurückkehren.

Mit etwa 14 Millionen Mark pro Stück soll der geschätzte Endpreis zwar um gut 10 Millionen Mark unter den Stückkosten für die unlängst in Bonn bestellten amerikanischen Phantom-Aufklärer liegen. Dennoch ist schon dieser — erfahrungsgemäß immer zu niedrige — Schätzpreis vier Millionen höher als der von der Hardthöhe ursprünglich gesetzte Richtwert.

Bei der Abwägung der Unabdingbarkeit militärischer Forderungen und der zumutbaren Belastung des Bundeshaushalts entschied die Hardthöhe sich wiederum für Großzügigkeit im Ausgeben von Steuergeldern: Selbst bei Zugrundelegung nur der heutigen Kalkulation werden die 600 deutschen MRCA 2,4 Milliarden Mark teurer als ursprünglich geplant.

Zur Gesamtsumme von 8,4 Milliarden Mark kommt noch der Bonner Anteil an den umgelegten Entwicklungskosten in Höhe von mindestens 1,1 Milliarden sowie ein weiterer Milliarden-Betrag für die systemzugehörige Ausrüstung (Ersatzteile, Bodengeräte und so weiter).

Fette Aufträge stehen damit den Luftfahrtindustrien der Partnerstaaten ins Haus: Jedes der drei MRCA-Länder wird seine Exemplare auf eigenem Fließband fertigen und entsprechend seinem Abnahmeanteil an den Kosten, an der Fertigung und am Management beteiligt sein.

Entwicklung und Produktion des Riesenprojektes werden von der Panavia Aircraft GmbH in München geleitet, an der die British Aircraft Corporation und Messerschmitt-Bölkow mit je einem Drittel, Fiat und Fokker mit je einem Sechstel beteiligt sind.

Für die Überwachung des 19-Milliarden-Auftrags haben Bonn, London und Rom eine neue Organisationsform entwickelt, die den Regierungen ständige Einsicht in den Gang der Dinge ermöglichen soll. Der kommerziellen Panavia-Organisation mit ihren sechs Abteilungen steht spiegelbildlich genau eine Management-Organisation der drei Regierungen gegenüber. So kennt jeder seinen Partner und kann ihm ständig über die Schulter schauen. Nationale Projekt-offiziere sollen bei schleppendem Fortgang Dampf machen.

Durch schlechte Erfahrungen der deutschen Marine gewitzigt, deren Schiffe oft Jahre länger als geplant auf den Bauwerften lagen, haben Steinhoff und seine MRCA-Offiziere die Gefahr erkannt, die dem Projekt durch ungehemmten Fortschritt droht.

Zum Ende der jetzt eingeleiteten Definitionsphase, etwa Mitte nächsten Jahres, soll der dann erreichte Stand von Technik und Forschung „eingefroren“ werden; die Übernahme neuer Entwicklungen in das laufende Projekt wird nach diesem Termin ausgeschlossen. Steinhoff fürchtet: „Sonst kommen wir nie zu einem einsatzreifen Flugzeug.“